

Albert-Ludwig-Universität Freiburg i. Br.
Institut für Soziologie
Studienjahr 2009/2010
Studienprojekt
Betreuung: Irina Siegel



„Globale Wechselwirkungen und transnationale Handlungspotentiale“ - Studienprojektsbericht

Vorgelegt von:

Daniel [REDACTED]

B.A. HF: Soziologie (5)
NF: Ethnologie (5)

Matrikelnummer: [REDACTED]

Anschrift:

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

eMail: [REDACTED]@gmx.de



Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	1
1. Evaluation und Reflexion.....	1
1.1. Praktikum.....	2
1.1.1. Meine Arbeitsbereiche bei iz3w.....	3
1.1.2. Einordnung der Arbeit bei iz3w in das Studienprojekt.....	4
1.2. Erasmus	5
1.2.1. Paris.....	5
1.2.2. Die Sprache	7
1.2.3. Das Studium	7
2. Wissenschaftlicher Teil.....	8
2.1. Transnationalität im globalen Süden – Demokratische Republik Kongo	9
2.1.1. Der Einfluss westlicher Nationen.....	10
2.1.2. Kritik an internationaler Intervention.....	12
2.1.3. Schlussfolgerungen.....	13
2.2. (Trans-)Nationalität im globalen Norden – Immigration und Integration.....	14
2.2.1. Das Beispiel der Hmong aus Laos in Frankreich	15
2.2.2. Alternative Ansätze	17
2.2.3. Calais – EU-Außenpolitik innerhalb Europas	19
3. Verbindung der Studienelemente und Resümee.....	20
Literatur.....	21

Einführung

Den Bachelor-StudentInnen am Soziologischen Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ist es freigestellt, ob sie im vierten bzw. fünften Semester ihres Hauptfachstudiums das Modul „Studienprojekt“ oder das Modul „Berufsfelder der Soziologie“ belegen. Ich habe mich dazu entschieden, im Rahmen eines Studienprojektes meine im Studium erworbenen Kompetenzen zu erweitern und zu vertiefen. Für die Erarbeitung eines möglichen Projektverlaufes habe ich hierzu neben den über das Institut bereitgestellten Informationen mehrere Beratungsgespräche mit meinem fachinternen Betreuer wahrgenommen. Da ich mich sehr für Theorien der Globalisierung interessiere und zum Zeitpunkt der Ideenfindung gerade das Seminar „Europäische Sozialstruktur und globaler Wandel“ abgeschlossen hatte, ordnete ich mein Studienprojekt grob in das Thema „globale Wechselwirkungen und transnationale Handlungspotentiale“ ein. Ich entschloss mich dazu, mein bereits erworbenes Wissen zu diesem Thema zunächst im Rahmen eines Praktikums im „informationszentrum 3. welt“ (iz3w) auf ein konkretes Arbeitsfeld anzuwenden, um es anschließend während eines Auslandssemesters an der Université Paris Descartes in Paris auf neue wissenschaftliche Bereiche zu übertragen und somit zu erweitern und zu vertiefen.

1. Evaluation und Reflexion

Die Arbeit bei iz3w ist aufgrund des wissenschaftlichen Anspruchs des Magazins automatisch damit verbunden, sich mit politischen und gesellschaftlichen Prozessen in Verbindung mit nord-süd-relevanten Themen auseinanderzusetzen. Zu Beginn meines Studienprojektes habe ich mir deshalb zum Ziel gesetzt, die im vorangegangenen Semester behandelten theoretischen Inhalte zu Globalisierungsprozessen auf ein aktuelles Themenfeld anzuwenden und somit durch die Arbeit in einem praktischen Tätigkeitsgebiet (also durch die Vermittlung und Übertragung von theoretischem Wissen) zu ergänzen. Das meinem Projekt übergeordnete Thema „Globale Wechselwirkungen und transnationale Handlungspotentiale“ sollte somit in einem neuen Kontext erarbeitet werden und zu einem fundierteren Verständnis aktueller Tendenzen führen. Darüber hinaus erhoffte ich mir von einem Praktikum bei iz3w, Einblicke in die Arbeit als Redakteur gewinnen zu können. Obwohl ich mir nicht darüber im Klaren war, welche Tätigkeitsbereiche ich kennen lernen würde, erwartete ich deshalb eine Erweiterung meiner journalistischen Kompetenzen.

Für ein Auslandssemester in Paris habe ich mich, neben einem allgemeinen Interesse an den Theorien französischer Soziologen, vor allem deshalb entschieden, weil ich meine bisherigen Studienschwerpunkte vertiefen wollte. Das sozialwissenschaftliche Institut

an der Universität Paris Descartes ist in die Bereiche Soziologie, Ethnologie und Demographie unterteilt und verbindet somit Inhalte aus meinem Haupt- und Nebenfach. Ich interessiere mich besonders für die Verbindung beider Disziplinen und deren Schnittpunkte auf globaler Ebene. Vom Studium an der Universität Paris Descartes erhoffte ich mir also, einen weiteren globalisierungs- und entwicklungstheoretischen Rahmen kennen zu lernen, der mir neue und weiterführende Inhalte in diesem Bereich vermitteln würde.

Außer einer fachlichen Weiterbildung in den Bereichen der Soziologie und Ethnologie, setzte ich mir für mein Auslandssemester in Frankreich zudem eine Verbesserung meiner Französischkenntnisse sowie eine interkulturelle Horizonterweiterung zum Ziel. In einer Weltstadt wie Paris und im Rahmen des Erasmus-Programms sah ich die Möglichkeit, am eigenen Leib Globalisierung und ihre Handlungspotentiale wahrzunehmen und solche somit auch auf der persönlichen Ebene zu reflektieren.

1.1. Praktikum

Der erste Teil meines Studienprojektes bestand aus einem fünfwöchigen Praktikum bei der Nonprofit-Organisation „informationszentrum 3. welt“. In einer Zeitspanne von fast sechs Wochen nahm ich täglich am Arbeitsalltag des kleinen Teams von insgesamt nur fünf Angestellten, zwei Zivildienstleistenden, drei PraktikantInnen und einem Ehrenamtlichen teil. Die Fachzeitschrift *iz3w – informationszentrum 3. welt* erscheint sechs mal jährlich. Neben der Zeitschrift gibt das iz3w weitere Publikationen zu Dritte-Welt-Themen heraus und betreibt die Projektstelle „Fernweh – Forum Tourismus und Kritik“. Das iz3w finanziert sich fast ausschließlich über den Verkauf von Abonnements und über Spenden, weshalb das Budget des Zentrums nur sehr klein ist und die AutorInnen der fachspezifischen Beiträge nur in seltenen Fällen bezahlt werden können. Das iz3w sitzt in Freiburg, verschickt seine Zeitschrift allerdings weltweit und hat Verkaufsstellen in ganz Deutschland. Neben den Redaktions- und Versammlungsräumen umfasst das Haus des iz3w ein entwicklungspolitisches Facharchiv, welches frei zugänglich und auch im Internet vertreten ist.

Jede Zeitschrift enthält einen Themenschwerpunkt, der verschiedene Artikel zu einem übergeordneten Thema enthält. Die AutorInnen für Themenschwerpunkte sind in der Regel WissenschaftlerInnen oder JournalistInnen, die zu den jeweiligen Themen bereits Texte veröffentlicht haben. Manche Artikel werden auch von den RedakteurInnen selbst verfasst, zumeist sind redaktionelle Beiträge allerdings auf ein Editorial beschränkt. Die Arbeit der RedakteurInnen liegt viel eher darin, die Texte der

AutorInnen gegenzulesen, eventuell zu überarbeiten, zu kürzen und in Rücksprache mit den AutorInnen dem Niveau der Zeitschrift anzupassen.

Das iz3w bietet zudem pädagogische Lehrveranstaltungen an, die sich an Schulen, JugendleiterInnen, Studierende, Lehrkräfte und MultiplikatorInnen richten und individuell abgestimmt werden. Der Projekttag „Respect!“ wird beispielsweise an Schulen angeboten, um Jugendlichen einen Zugang und Einblick in das Thema „Menschenrechte“ zu ermöglichen. Die Bildungsangebote werden von erfahrenen BildungsreferentInnen durchgeführt und umfassen Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Feminismus und Geschlechterverhältnisse, internationale Migration und Entwicklung etc.

1.1.1. Meine Arbeitsbereiche bei iz3w

Als Redaktionspraktikant waren meine Aufgaben bei iz3w hauptsächlich auf die redaktionelle Arbeit beschränkt. Im Laufe der Zeit konnte ich allerdings auch Einblicke in weitere Arbeitsbereiche des Zentrums gewinnen. Ich nahm zudem regelmäßig an den wöchentlichen Redaktionssitzungen teil, die außerhalb der regulären Arbeitszeiten immer am Mittwochabend stattfinden. Da die Themen fürs Heft im Herbst jeden Jahres bereits grob für das jeweils folgende Jahr festgelegt werden, überlappt sich die Arbeit an den einzelnen Schwerpunkten oftmals. Am Anfang meiner Arbeit bei iz3w beteiligte ich mich deshalb sowohl an den Feinarbeiten des bereits fast abgeschlossenen Themenschwerpunkts zu „Antisemitismus in der Dritten Welt“ und recherchierte gleichzeitig für das Thema „Zentralasien“.

Da ich bereits im ersten Semester meines Soziologiestudiums ein Seminar zu „sozialen Konflikten um die Bedeutung von Geschlecht“ belegt habe und mich deshalb für Gender-Themen interessiere, war ich zudem Teil der Arbeitsgruppe „Gender und Krieg“. Innerhalb einer solchen Kleingruppe werden AutorInnen diskutiert, Texte besprochen und thematische Rahmen für den jeweiligen Schwerpunkt festgelegt. Wir erarbeiteten ein Konzept, das zunächst einen theoretischen Einleitungstext vorsah, der das Thema „Geschlecht im Kontext von Kriegen“ umreißen und auf die Frage eingehen sollte, ob durch Kriege Geschlechterverhältnisse reproduziert oder aufgebrochen werden. Im Anschluss daran sollten verschiedene Länderbeispiele einen möglichst breiten Überblick über das Phänomen in der Dritten Welt geben. Dabei war uns wichtig, dass der Fokus nicht auf der Opferrolle der Frau liegt, sondern deutlich wird, dass Frauen auch als Kriegerinnen und Männer als Opfer von Geschlechternormen auftreten können.

Innerhalb der Arbeitsgruppe betreute ich einen Text von Chris Dolan zur Bedeutung von Männlichkeit in schwachen Staaten. Meine Aufgabe lag darin, die soziologische Studie Dolans auf seine wesentlichen Inhalte zu reduzieren, aus dem Englischen zu übersetzen und auf ein der iz3w angemessenes sprachliches Niveau zu vereinfachen. Aufgrund des relativ hohen Alters des Textes, verfasste ich zudem einen Infokasten zu den gesellschaftlichen und politischen Hintergründen des Konfliktes. Dolan macht seine Analyse zur Rolle von hegemonialen Männlichkeitsmustern in Bezug auf staatliche Mechanismen am Beispiel Norduganda fest und stellt die These auf, dass zur Zeit der kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Rebellengruppe „Lord’s Resistance Army“ (LRA) viele Männer Nordugandas dem von ihnen erwarteten Bild hegemonialer Männlichkeit nicht gerecht werden konnten. Der Mangel an alternativen Männlichkeitskonzepten ermöglicht allerdings kein Aufbrechen der Geschlechternorm, sondern bedingt im Gegenteil eine Verfestigung derselben (vgl. Dolan 2002: 67). Dem Anspruch für die Sicherheit und das Überleben ihrer Familie garantieren zu können, werden die in Flüchtlingscamps lebenden Männer Nordugandas nicht gerecht. Dolan argumentiert, dass gerade aufgrund dieses Infragestellens der eigenen Maskulinität, das konventionelle Männlichkeitsmodell reproduziert und auf diejenigen Bereiche des Lebens übertragen, die sich noch nicht der Kontrolle der Männer entziehen. Ein solches Verhalten resultiert vor allem in häuslicher Gewalt (ebd.: 69ff).

Dolan schreibt zudem dem ugandischen Staat eine wichtige Rolle in der Reproduktion dieser Geschlechterverhältnisse zu. Da es der Staat versäumt, das soziale und ökonomische ‚Versagen‘ des hegemonialen Mannes abzufangen und an seiner Stelle Verantwortung zu übernehmen, so argumentiert Dolan, bleibt diesem nichts anderes übrig als die eigene Männlichkeit durch gewaltvolles Verhalten zu unterstreichen bzw. zu legitimieren (ebd.: 75). Gleichzeitig wirft Dolan dem Staat ein politisches Interesse an der Aufrechterhaltung und Manipulation von Männlichkeitsmodellen vor. Das Fehlen von Schutzeinrichtungen deutet er als Positionierung des Staates gegenüber der Zivilbevölkerung und stellt sie mit einer Instrumentalisierung und Militarisierung von Männlichkeitskonzepten gleich (ebd.).

1.1.2. Einordnung der Arbeit bei iz3w in das Studienprojekt

Im Laufe meines Praktikums und der anschließenden ehrenamtlichen Mitarbeit bei iz3w habe ich vor allem sehr viel Wissen zu globalen Zusammenhängen in der Entwicklungszusammenarbeit erworben. Durch die Recherchen für die jeweils verschiedenen Hefte konnte ich mir einen breiten Überblick über aktuell relevante

Themen verschaffen und somit mein Interesse an den Ländern des globalen Südens vertiefen. Die Arbeit bei iz3w erleichterte mir zudem den Einstieg in das Studium von sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen Ostafrikas. Weiterhin habe ich das journalistische Handwerk kennen lernen und in einem wissenschaftlichen Rahmen anwenden können. Die Teilnahme an den Redaktionssitzungen und den Treffen der Arbeitsgruppe haben darüber hinaus meine Teamfähigkeit gefördert und mich darin bestärkt, eigene Ideen in der Gruppe zu diskutieren. Auch die Arbeit in der Öffentlichkeit, die Organisation von Büchertischen oder die Kontaktaufnahme mit Urhebern von zum Beispiel Bildmaterial haben mir Kompetenzen vermittelt, die vermutlich auch bei meinem weiteren beruflichen Werdegang hilfreich sein werden.

1.2. Erasmus

Die zweite Hälfte meines Studienprojektes bestand darin, im Rahmen des Erasmusprogramms ein Auslandssemester in Paris zu verbringen. Das Erasmus-Programm wurde 1987 gegründet und soll die Mobilität von StudentInnen der Europäischen Union und weiterer europäischer Länder fördern. Tatsächlich nahmen im Studienjahr 2007/2008 über 170.000 StudentInnen am Programm teil (EU Statistics 2010). Der Austausch soll es StudentInnen ermöglichen, Unis und Studiengänge außerhalb des eigenen Landes kennen zu lernen und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Obwohl ich mich in einer fremden Stadt und an einer fremden Uni bewegte, konnte ich die dortigen Erfahrungen und akademischen Leistungen gut in das Konzept meines Studienprojektes einordnen. Im Folgenden soll beschrieben werden, wie ich meinen Auslandsaufenthalt wahrgenommen und wie ich beide Elemente des Projekts miteinander verknüpft habe.

1.2.1. Paris

Während meines Aufenthaltes in Paris nahm ich mich immer auch als Teil des Erasmusprogramms wahr, versuchte mich aber gleichzeitig von der Gruppe abzugrenzen. Dennoch machte ich durch meinen Status als Erasmusstudent Bekanntschaften, die mir zu neuen Erkenntnissen auch in Bezug auf mein Studienprojekt verhalfen. Im Austausch mit Menschen verschiedener Nationalität gelang es mir, meine Perspektive auf Deutschland und Europa zu relativieren und alternative Denkweisen kennen zu lernen. Während meiner beiden früheren Auslandsaufenthalte sah ich mich immer nur als Europäer in Abgrenzung zu meinen Gastländern Australien und Südafrika. In Paris kam ich hingegen zum ersten Mal in

regen und anhaltenden Kontakt mit weiteren Europäern und deren Sicht auf Deutschland. Innerhalb der Erasmusgruppe konnte ich somit Erkenntnisse gewinnen, die aus internationalem Erfahrungsaustausch resultierten und somit Globalisierungstendenzen greifbar machten. Dem Anspruch, im Rahmen meines Auslandssemesters Transnationalität am eigenen Leib zu erfahren, wurde ich als Mitglied einer internationalen Gruppe von Studenten also fast automatisch gerecht.

Auch jenseits des Erasmusprogramms war ich in der Weltstadt Paris Teil einer multikulturellen urbanen Landschaft. Zum Beispiel wohnte ich in einem Viertel, in dem der Ausländeranteil sehr viel höher ist als im restlichen Zentrum von Paris. Ich kam also täglich in Kontakt mit Menschen, deren sozialer und kultureller, aber auch nationaler Hintergrund sehr unterschiedlich zu dem meinen ist. In Paris wurde mir somit erst klar, was die Bezeichnung „Weltstadt“ überhaupt bedeutet. In Paris sammeln sich so viele Menschen unterschiedlicher Nation, dass man tatsächlich nicht mehr von einer französischen Stadt, sondern viel eher von einem internationalen Raum sprechen sollte. Innerhalb dieses abstrakten Raumes finden wiederum zahlreiche Differenzierungen statt, die in der geographischen Abgrenzung von verschiedenen sozialen und kulturellen Räumen resultieren. Die Wahrnehmung einer Stadt wie Paris hängt also auch immer davon ab, wo und wie man sich in ihr bewegt. Als Teil der Stadtbevölkerung nahm ich Paris also einerseits als großen, anonymen Raum wahr, in dessen Masse man sehr leicht verschwindet. Andererseits war ich als Bewohner des 18. Arrondissement auch Teil einer kleineren Gemeinschaft, die sich in ihrer Struktur vom restlichen Paris unterscheidet. In Bezug auf mein Studienprojekt hatte ich somit großes Glück, in einem Viertel zu wohnen, in dem ich sehr deutlich auch die negativen Seiten der Globalität von Paris beobachten konnte. Armut und Hunger sind in dieser Gegend sehr stark sichtbar und haben mir verdeutlicht, mit welchen Risiken es verbunden ist, in ein Land wie Frankreich und eine Stadt wie Paris zu immigrieren. Nicht alle Bewohner Paris' profitieren von der Anonymität der Stadt und für viele MigrantInnen wird der Aufenthalt ohne gültige Papiere zum täglichen Überlebenskampf. Gerade für Menschen, die ursprünglich aus Gemeinschaften mit starken familiären und sozialen Netzwerken kommen, ist es sehr schwer, sich ohne fremde Hilfe in einer Stadt wie Paris zurechtzufinden. Weil die französischen Behörden an dieser Situation nicht viel zu verändern versuchen, hat sich mein Interesse an internationaler Migration und der daraus resultierenden Reaktionen des globalen Nordens nochmals verstärkt, was dazu führte, dass ich mich neben meinem Studium vertieft mit der Situation von internationalen Flüchtlingen im nordfranzösischen Calais beschäftigte. Aus diesem Interesse ist auch mein Artikel für

das iz3w entstanden, der die verschiedenen Bereiche meines Studienprojektes miteinander verbindet und im letzten Teil dieses Berichts nochmals aufgegriffen wird.

1.2.2. Die Sprache

Auch meine französischen Sprachkenntnisse konnte ich während meines Auslandssemesters in Paris erweitern. Im Gegensatz zu meinen anfänglichen Erwartungen, waren meine Fortschritte allerdings nicht so groß wie sie beispielsweise bei meinem Australienaufenthalt gewesen sind. Obwohl ich täglich sowohl im Alltag als auch an der Uni Französisch redete, nahm das Lernen der Sprache keinen so großen Stellenwert für mich ein, wie es bei meinen früheren Auslandsaufenthalten der Fall gewesen war. Das hing sicherlich damit zusammen, dass ich nur für sechs Monate nach Frankreich gereist und während des Semesters auch immer wieder nach Deutschland zurückgekehrt bin, dass ich mich also grundsätzlich nicht so stark auf Frankreich eingelassen habe, wie ich es mir eigentlich erhofft hatte. In einer Stadt wie Paris ist das aber ohnehin sehr schwierig, weil es hier sehr viele verschiedene Lebensweisen gibt und es der anonyme Charakter einer Großstadt nicht gerade einfach macht, sich auf die Menschen und die Kultur eines Landes einzustellen.

Stattdessen konnte ich, neben der offensichtlichen Erweiterung meines französischen Vokabulars, während dieses Auslandsaufenthaltes vor allem den Wechsel zwischen verschiedenen Sprachen trainieren. Innerhalb der Erasmusgruppe, in Gesprächen mit Parisern und Nicht-Franzosen, aber vor allem auch in meiner eigenen Wohngemeinschaft sprach ich mehrere Sprachen zugleich. Da ich mir zusammen mit einer Französin sowie einer halb deutsch-, halb italienischstämmigen Engländerin die Wohnung geteilt habe, sprach ich täglich einen Mix aus Deutsch, Französisch und Englisch. Diese Kombination hatte zwar zur Folge, dass ich nicht sehr intensiv an meinem Französisch arbeitete, hatte aber den Vorteil, dass ich mich zeitgleich auf drei Sprachen flüssig und ohne ins Stocken zu geraten auszudrücken lernte. Auch im sprachlichen Erwerb konnte ich also eine Verbindung zu meinem Studienprojekt ziehen. Im Austausch mit Menschen verschiedener Nationalität nahm auch die Form der Kommunikation mit denselben immer internationaler Züge an.

1.2.3. Das Studium

Mein Studium in Paris hat mir ermöglicht, die Stärken und Schwächen sowohl des deutschen als auch des französischen Universitätssystems zu erkennen. Als Student der Sozialwissenschaften an der Université Paris Descartes musste ich

beispielsweise mehr Veranstaltungen als in Deutschland besuchen, um auf die gleiche Anzahl von ECTS-Punkten zu kommen. In der Praxis bedeutet dies, dass für die Vor- und Nachbereitung der einzelnen Seminare sehr viel weniger Zeit aufgewendet werden kann. Die von mir belegten französischen Lehrveranstaltungen in den Fächern Soziologie, Ethnologie und Anthropologie waren zudem fast ausschließlich auf den Vortrag des Professors ausgerichtet, es blieb so gut wie keine Zeit zum selbständigen Erarbeiten von eigenen Interessensschwerpunkten. Lediglich bei der Anfertigung der Hausarbeit war es möglich, sich in mit einem Thema stärker zu befassen und in seiner Gänze zu verstehen zu versuchen.

Die Inhalte der Seminare waren jedoch gut vorbereitet und die Dozenten fachlich sehr kompetent. Im Gegensatz zu manchen Seminaren in Deutschland, war das wissenschaftliche Outcome einer Veranstaltung also fast immer sehr zufriedenstellend. Als Erasmusstudent habe ich alle drei Veranstaltungen zum Block „Anthropologie, sociologie et démographie du développement“ belegt. Die Seminare behandelten die Themen „Grands problèmes actuels de population et développement“, „Anthropologie du travail et développement“ und „Anthropologie du développement : la gestion de l'eau“ sowie „Environnement et lutte contre la pauvreté : une analyse critique du développement durable“. Die von mir im Rahmen des Seminars zu Anthropologie von Arbeit und Entwicklung angefertigte Hausarbeit beinhaltet eine vergleichende Analyse zweier Fallstudien von akephalen Gesellschaften, die sich aufgrund von äußeren Umständen mit kapitalistischen Arbeitskonzepten auseinandersetzen müssen. Der folgende Abschnitt meines Projektberichts soll diese Arbeit in den thematischen Rahmen meines Studienprojektes einordnen und in Bezug auf mein wissenschaftliches Interesse während des Sommersemesters 2009 vergleichend analysieren.

2. Wissenschaftlicher Teil

Der Schwerpunkt meines wissenschaftlichen Interesses während des Studienprojekts lag auf der Untersuchung internationaler wie globaler Wechselwirkungen und Handlungspotentiale, insbesondere im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit und Migration. Im Sommersemester beschäftigte ich mich aufgrund des Praktikums bei iz3w und der von mir betreuten Artikeln vor allem mit den sozialen Strukturen verschiedener Bevölkerungsgruppen Afrikas. Chris Dolans Beitrag zu Männlichkeitskonzepten in Uganda ermöglichte mir einen ersten Einblick in die komplexen Zusammenhänge sozialer, politischer und ökonomischer Konflikte der Regionen Zentral- und Ostafrikas. Während meiner ehrenamtlichen Arbeit bei

iz3w wollte ich dieses Wissen vertiefen und erweitern. Aus diesem Grund besuchte ich ein Seminar zur „Region der großen Seen Afrikas“ am ethnologischen Institut, obwohl ich mich dazu entschieden hatte, im Sommersemesters keine ECTS-Punkte in meinem Nebenfach zu sammeln und mich ausschließlich auf mein Studienprojekt zu konzentrieren. Ich ließ mir das Seminar deshalb nicht als Prüfungs- oder Studienleistung anrechnen, sondern begriff es als Teil meines Studienprojektes. In meinen Recherchen konzentrierte ich mich dementsprechend nicht nur auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Dozenten zu Machtstrukturen und Ethnizitätskonzepten, sondern griff immer wieder die Thematik meines Studienprojektes auf, indem ich am Beispiel der Demokratischen Republik Kongo untersuchte, welche Motive hinter internationalen Interventionen in Ländern des globalen Südens stehen können und wie globale Akteure wie zum Beispiel die Europäische Union oder die Vereinten Nationen versuchen, Einfluss auf die Situation von Menschen außerhalb der eigenen nationalen Grenzen zu nehmen. Weiterhin möchte ich zeigen, wie sich überregionale und nationale Wirkungsmächte auf minoritäre Bevölkerungsgruppen innerhalb der Grenzen „westlicher“ Nationen auswirken können. Unter Einbeziehung der von mir in Paris angefertigten Hausarbeit zur Situation der Hmong in Frankreich und meinem für das iz3w verfassten Artikel zur Situation von internationalen Flüchtlingen in Calais möchte ich hiermit den Bogen zu den von mir während meines Auslandsaufenthaltes vertieften wissenschaftlichen Inhalten spannen.

2.1. Transnationalität im globalen Süden – Demokratische Republik Kongo

Seit der Entlassung in die Unabhängigkeit im Jahr 1960 wurde die Demokratischen Republik Kongo immer wieder zum Schauplatz zahlreicher gewaltsamer Konflikte. Bürger- und Guerillakriege, Rohstoffausbeutung, Korruption und ethnische Klassenkämpfe haben dem größten Land Zentralafrikas schwer zugesetzt. Allen voran leidet die Zivilbevölkerung, die zum Opfer von zahlreichen Rebellenorganisationen, der Staatsarmee und ausländischen Interessensgruppen wird. Die vielen verschiedenen Akteure, die zur Instabilität des Landes beitragen, verfolgen fast ausschließlich eigennützige Ziele und auch die langfristige Motivation des nach den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 2006 offiziell legitimierten Staatspräsidenten Joseph Kabila sind fraglich (vgl. Martin 2008: 97).

Besonders die Regionen des Ostens wurden seit vielen Jahren politisch wie sozial vernachlässigt. Rebellengruppen haben in den Kivuregionen ihre Hauptstützpunkte eingerichtet und unterdrücken die lokale Bevölkerung (vgl. Tull 2005: 14). Unterstützt werden sie vor allem von den angrenzenden Ländern Uganda und Ruanda, die von den Konflikten im Grenzgebiet wirtschaftlich profitieren (vgl. United Nations 2005). Der Osten der

Demokratischen Republik Kongo ist eines der rohstoffreichsten Gebiete Afrikas und verfügt über 64 Prozent der Weltreserven an Coltan, ein Edelmetall, welches für die Herstellung von Mobiltelefonen benötigt wird. Die Nachbarstaaten machen sich das Chaos in den östlichen Provinzen zunutze, um diesen und andere Bodenschätze illegal ins eigene Land zu schaffen und anschließend an Großkonzerne des globalen Nordens zu verkaufen (vgl. Tetzlaff 2006: 165).

Im Jahr 1999 wurde die internationale Militäreinheit MONUC (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo) gegründet, die eine Stabilisierung und Demokratisierung der DR Kongo unterstützen soll. Die bisher größte militärische Aktion der UN umfasst mittlerweile fast 20.000 Soldaten und wurde ins Leben gerufen, um den Friedensprozess nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 09. April 1999 zu sichern und durchzusetzen (vgl. Breitwieser 2006: 122). Trotz gezielter Demobilisierungsmaßnahmen der UN in Bezug auf die vor allem im Osten des Landes aktiven Rebellen und Milizen, hat sich die sicherheitspolitische Lage kaum gebessert (vgl. Ressler 2006: 100). Nach wie vor werden Dörfer geplündert, Einheimische überfallen und Frauen vergewaltigt.

2.1.1. Der Einfluss westlicher Nationen

Neben den nationalen Interessen der Nachbarländer der DR Kongo¹, haben auch die Länder des globalen Nordens ein Interesse an der Region. Nachdem die Demokratische Republik Kongo 1960 unabhängig wurde, nahm der Einfluss westlicher Nationen auf die Politik und Wirtschaft des Landes nur oberflächlich ab. Lediglich die Einflussnehmenden wechselten. Die ehemalige Kolonialmacht Belgien wurde in ihrer Rolle als „Strippenzieher“ von den neuen Supermächten USA und Sowjetunion abgelöst. Während des Bürgerkrieges von 1964 bis 1968 kann der Kongo als Schauplatz eines Stellvertreterkrieges zwischen Ost und West verstanden werden, in dem regierungsfeindliche Rebellengruppen von sozialistischen Größen wie Che Guevara unterstützt wurden und sich die USA auf die Seite des Armeechefs Mobutu schlug (vgl. Pabst 2003: 468).

Die USA unterstützte die Machtnahme Mobutus, der den Freiheitskämpfer und ersten Premierminister der DRC, Patrice Lumumba, nach nur fünf Monaten im Amt absetzte (vgl. Stern 2007: 11). Im Gegenzug überließ Mobutu den Vereinigten Staaten die strategisch wichtige Luftwaffenbasis Kamina und agierte auch in Zukunft als treuer Vasall der USA (vgl. Pabst 2003: 468). Mobutu versuchte mit einer Politik der Afrikanisierung, die unter anderem die Umbenennung der DR Kongo in Zaire beinhaltete, seine mangelnde ethnische Basis in der Gesellschaft zu überspielen und somit einen Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen.

¹ Vgl. hierzu: African Review Vol 8, No 5 (1999) *Conflicts in the Congo: From Kivu to Kabila*

Korruption und wirtschaftlicher Niedergang drohten jedoch, das Land in den Ruin zu stürzen, weshalb die sich im Osten organisierenden Rebellenbewegungen immer mehr an Bedeutung gewannen. Eine Entwicklung, die sich wiederum die Sowjetunion zunutze machte, um durch die Unterstützung der Rebellen selbst an Einfluss zu gewinnen (ebd.). Mithilfe der USA gelang es Mobutu jedoch zunächst, die Umsturzversuche der Rebellen erfolgreich abzuwehren. Erst nach Ende des Kalten Krieges zog sich die USA immer mehr zurück und ließ den ehemaligen Protegé Mobutu mit den immer größer werdenden Problemen der Auslandsverschuldung sowie den stetig lauter werdenden inneren Protesten und Unruhen alleine, was letztendlich zum Sturz Mobutus und der Machtnahme des Führers der Rebellenallianz AFDL, Laurent Kabila, im Jahr 1997 führte (ebd.: 470).

Während der ersten Jahre nach Kabilas Amtsantritt als neuem Präsidenten des nun wieder in „Demokratische Republik Kongo“ umbenannten Landes, hielten sich die USA und die Internationale Gemeinschaft zunächst mit Eingriffen in die Innen- und Außenpolitik des Landes zurück. Die Länder des globalen Nordens profitierten nicht zuletzt von den Unruhen im Kongo und allen voran den chaotischen Verhältnissen in den Kivuprovinzen. Über Ruanda konnten internationale Konzerne leichten Zugriff auf die Bodenschätze des Ostens der DR Kongo gewinnen und somit die eigene Produktion und Marktwirtschaft stärken (vgl. Tetzlaff 2006: 165).

Die Vereinten Nationen haben zwar immer wieder versucht, eine Befriedung des Landes zu erwirken und tatsächlich wurde am 10. Juli 1999 in Lusaka (Sambia) ein Friedensvertrag von der kongolesischen Regierung, den Interventionsstaaten sowie den Rebellenbewegungen MLC (Mouvement pour la Libération du Congo) und RCD unterzeichnet. Das Abkommen wurde allerdings von den Beteiligten nicht ernst genommen und weder Laurent Kabila, noch die Rebellen waren gewillt, auf politische Kompromisse einzugehen (vgl. Pabst 2003: 473). Daraufhin schickte die UN 90 Militärbeobachter zur Unterstützung des Friedensvertrages in den Kongo.

Das Engagement wurde am 30. November 1999 auf 500 Soldaten ausgeweitet und zum ersten Mal seit über 30 Jahren wurden erneut Truppen der UN in der Demokratischen Republik Kongo stationiert. Die Einheit MONUC wurde gegründet, die als Nachfolger der Blauhelmmoperation ONUC (Opération des Nations Unies au Congo), die von 1960 bis 1964 in der DRC stationiert war, zunächst lediglich eine friedensbewahrende Rolle einnehmen sollte (vgl. Breitwieser 2006: 122).

Mit dem Tod Laurent Kabilas im Jahr 2001 und der Nachfolge seines Sohnes, Joseph Kabila, konnten zum ersten Mal Erfolge bei den Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft beobachtet werden. Der innerkongolesische Dialog vom Jahr 2002 ermöglichte ein bilaterales Abkommen zwischen Ruanda und dem Kongo, was den Abzug

fast aller ausländischen Truppen zur Folge hatte (vgl. Pabst 2003: 473). Die Truppenstärke der MONUC wurde seitdem kontinuierlich erhöht und nach dem im Jahr 2003 abgeschlossenen Friedensabkommen in Südafrika, das eine Machtteilung zwischen den Rebellen und der Interimsregierung beschloss, wurden zum ersten Mal auch Soldaten der Europäischen Union in Kinshasa stationiert (ebd.: 474). Ihre Aufgabe war es, die Vorbereitungen für ersten demokratischen Wahlen 2006 und die Wahlen selbst zu überwachen und abzusichern.

2.1.2. Kritik an internationaler Intervention

Gerade der militärische Einsatz der EU war nach außen hin ein großer Erfolg. Die EUFOR-Mission (EUFOR = European Union Forces), die Stationierung von 2400 Truppen in der DRC zur Sicherung der Wahlen, markierte einen Wendepunkt der globalen Bemühungen der Europäischen Union und war von vorneherein darauf ausgelegt, die Zivilbevölkerung zu schützen (vgl. Martin 2008: 90). Die in diesem Zusammenhang implementierten Prinzipien beriefen sich in erster Linie auf die Gewährleistung der Menschenrechte. Hierzu wurden eigens Berater zur Verfügung gestellt, Gender-Konzepte erarbeitet und klare Richtlinien für die Einsatztruppen erstellt (ebd.: 94).

Dennoch ist es fragwürdig, inwieweit die Mission tatsächlich zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lage geführt hat. Die Mitgliedsstaaten der EU und allen voran Deutschland, das neben Frankreich einen Großteil der Soldaten stellte, waren zu jeder Zeit darauf bedacht, als neutrale Einsatztruppe verstanden zu werden (ebd.). Dementsprechend zeitlich und geographisch begrenzt war das Mandat für die europäische Mission, was den Truppen im Kongo nur wenig politische Autorität zukommen ließ (vgl. Grimm 2006: 92). EUFOR war lediglich dazu befugt, dann in kritische Situationen einzugreifen, wenn die kongolesische Polizei und Armee sowie die Streitkräfte der MONUC erfolglos geblieben waren (vgl. Martin 2008: 95). Diese übertriebene Zurückhaltung der europäischen Truppen stieß sowohl in der kongolesischen Bevölkerung als auch in der internationalen Presse auf Verachtung und Misstrauen gegenüber der Effektivität der Mission (vgl. Reker 2007).

Zudem war EUFOR in ein deutsches und ein französisches Hauptquartier aufgeteilt, welche beide wiederum Befehle vom Europäischen Rat in Brüssel entgegennahmen. Da in Deutschland eine große Debatte über den Einsatz nationaler Truppen im Ausland entstanden war, waren die Botschaften, welche letztendlich bei den Truppen in der Demokratischen Republik Kongo ankamen, häufig widersprüchlich (vgl. Martin 2008: 95). Weiterhin gab es keine direkte Zusammenarbeit mit den Blauhelmtrouppen der UN, welche bereits seit 1999 im Land stationiert waren. Die Aktivitäten der EUFOR-Truppen waren letztendlich auch mit weiteren, nicht-militärischen Einsatztruppen der EU nur mangelhaft

koordiniert, was die erfolgreiche Sicherung der Menschenrechte wahrscheinlich am stärksten beeinträchtigte (ebd.).

Neben einem Mangel an Kommunikationsfähigkeit zwischen den verschiedenen Interventionseinheiten war die Effektivität des militärischen Einsatzes der EU schon allein deshalb fragwürdig, weil er auf die Zeitspanne bis zu den demokratischen Wahlen 2006 beschränkt war. Es gab keine konkreten Nachfolgeprojekte, die auf eine Stabilisierung oder nachhaltige Demokratisierung des Landes ausgerichtet waren und dementsprechend hat sich die Situation nach den Wahlen auch entwickelt.

Der wackelige Frieden in der DRC beruht auf einer Regierung, deren Ziele noch unklar sind und die nur langsam Reformen einleitet (ebd.: 97). Während der Wahlkampagnen hat die EU bei der Unterdrückung von Oppositionsparteien und Medien weggesehen, um eine weitere Verschiebung der Wahlen zu verhindern (ebd.). Die EUFOR-Mission war also vielmehr ein Erfolg für das Ansehen der Europäischen Union als für die Bevölkerung der DRC, deren Regierung sich seit den Wahlen als legitime Souveränität versteht. Langfristige internationale Friedensbemühungen werden schwer an eine solche Regierung heranzutragen sein. Das Bild der EU als neutrale, global verantwortungsbewusste Friedenstruppe konnte durch den militärischen Einsatz in Kinshasa also gestärkt werden, auf lange Sicht konnte die Einhaltung der Menschenrechte, vor allem auch in den Konfliktregionen des Ostens, allerdings nicht gesichert werden (ebd.: 98).

Sowohl die Präsenz der EUFOR-Truppen, als auch die der Blauhelme hat bislang nur wenig Wirkung außerhalb Kinshasas gezeigt (vgl. Tull 2005: 11). Die östlichen Grenzgebiete nach Ruanda, Uganda und Burundi bleiben nach wie vor unsicher. Erst seit 2003 scheint es der MONUC überhaupt bewusst zu sein, dass es sich bei den Kivugebieten um politische Schlüsselzonen handelt, deren Befriedung von höchster Bedeutung ist (ebd.). 2005 war die Truppenstärke im volatilen Osten immer noch nicht groß genug, um Gefechte zwischen ethnischen Milizen zu verhindern und somit die Zivilbevölkerung zu schützen (ebd.: 12). In westlichen Medien wird sogar davon berichtet, dass sich europäische Soldaten selbst Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht und diesbezüglich keine Strafverfolgung zu befürchten haben (vgl. Wolff 2008: 12).

2.1.3. Schlussfolgerungen

Angesichts der komplexen Verschränkung unterschiedlichster Konfliktformen, ist es fraglich, ob die Strategien der Internationalen Gemeinschaft tatsächlich den Problemen in der DR Kongo gerecht werden. Verteilungskonflikte, interne und externe machtpolitische Konflikte und ethnische Konflikte stehen miteinander in Verbindung und haben den Osten des Kongo zu einer sozial und politisch instabilen Region gemacht. Der Versuch der Vereinten

Nationen, einen souveränen Nationalstaat aufzubauen, an dessen Spitze eine demokratische Zentralregierung steht, ist auf lange Sicht sicherlich anstrebenswert. Kurz- und mittelfristig ist es allerdings wichtiger, die Sicherheit und die Menschenrechte der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Dazu ist es notwendig, sich von tradierten Herrschaftsmustern zu lösen und auch nicht-staatliche Akteure in Stabilisierungsstrategien einzubinden.

Einen solchen Lösungsansatz verfolgt beispielsweise Denis M. Tull in seinen Arbeiten zur DR Kongo. Er vertritt die Meinung, dass der faktisch autonome und geographisch abgeschottete Osten des Landes kurz- und mittelfristig nicht durch eine Zentralregierung unter Kontrolle gebracht werden kann (vgl. Tull 2005: 5). Vielmehr muss mit bereits vorhandenen Strukturen gearbeitet werden, die nicht in Verbindung mit der neu gewählten Regierung stehen, sondern von unabhängigen Institutionen und Akteuren geschaffen wurden. Ein großer Teil solcher Strukturen wird beispielsweise durch die Kirche oder durch lokale NGOs abgedeckt. Um die Lücke zwischen langfristigen Zielen und mittel- und kurzfristigen Erfordernissen zu füllen, gilt es aber auch, Gewaltakteure wie Serufuli, gegen deren Widerstand Sicherheit und Staatsaufbau nicht durchgesetzt werden können, mit in eine Stabilisierungsstrategie einzubinden (ebd.: 6). Die internationale Gemeinschaft muss auf solche lokale Gewaltakteure politischen Einfluss ausüben, um eine Verbesserung der Sicherheit in von Rebellen kontrollierten Gebieten einzufordern und auf die politische Teilnahme solcher Akteure an nationalen Friedensprozessen hinzuwirken (ebd.). Nur wenn die politischen Ziele der Rebellengruppen auch ernst genommen und Kompromisse gefunden werden, kann die Sicherheit der Zivilbevölkerung auf lange Sicht gewährleistet werden. Der Aufbau eines demokratischen Nationalstaates kann erst im Anschluss daran erfolgen.

2.2. (Trans-)Nationalität im globalen Norden – Immigration und Integration

Die Bemühungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, den Osten der Demokratischen Republik Kongo zu befrieden, sind nach den Theorien Tulls also deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht an die politischen Handlungspotentiale von Gewaltakteuren und die sozialen Strukturen innerhalb der lokalen Bevölkerung angepasst sind. Wie verhält es sich nun, wenn aufgrund von gewaltvollen Konflikten oder politischer Verfolgung die Betroffenen selbst die Initiative ergreifen und Schutz in einem der Länder des globalen Nordens suchen? Wie gehen transnationale Institutionen wie zum Beispiel die EU damit um, wenn Hilfeleistungen nicht im Ausland, sondern innerhalb der eigenen Grenzen beansprucht werden und welche Versuche werden von einzelnen Nationalstaaten

unternommen, um MigrantInnen und Flüchtlinge zu integrieren? Anhand des Fallbeispiels der laotischen Minderheit der Hmong in Frankreich und der Situation von internationalen Flüchtlingen in Calais sollen diese Fragen zumindest in Teilen zu beantworten versucht werden.

2.2.1. Das Beispiel der Hmong aus Laos in Frankreich

Während meines Studiums in Paris habe ich mich im Rahmen des Seminars „Anthropologie du travail et développement“ vertieft mit der empirischen Studie Jean-Pierre Hassouns zum Arbeitskonzept der Gruppe der Hmong auseinandergesetzt. Obwohl diese Thematik nicht in direktem Zusammenhang mit der zuvor behandelten Fragestellung steht, zeigt sie auf nationaler Ebene eine ähnliche Problematik im Umgang mit externen Gruppen auf, wie in Bezug auf die politischen und sozialen Unruhen in der Demokratischen Republik Kongo. Anhand des Fallbeispiels der Hmong soll gezeigt werden, weshalb der Versuch einer Integration von Flüchtlingen in einem Land wie Frankreich oftmals nicht gelingt und welche alternative Form der Integration bessere Ergebnisse erzielen kann.

Die Beziehung zwischen Frankreich und der Gruppe der Hmong geht auf die Zeit des französischen Protektorats in Laos zurück (vgl. Hassoun 1997: 19). Die Hmong stellen innerhalb von Laos eine ethnische Minderheit dar, deren Wurzeln in China liegt. Ihr minoritärer Status hat dazu geführt, dass ihnen keine Böden zugesprochen wurden, weshalb sich die Hmong zunächst in die Gebirgsregionen zurückgezogen haben, wo sie relativ isoliert und ausschließlich von Subsistenzwirtschaft lebten (ebd.: 96). Die Hmong sind eine akephale Gesellschaft ohne Staat oder politische Institutionen und ohne ein soziales Klassensystem. Während der 1920er Jahre wurden allerdings immer mehr Hmong in das französische Protektorat integriert, wo sie zum Beispiel als Krankenpflegerinnen oder Soldaten arbeiteten und was zu einer ersten sozialen Differenzierung führte (ebd.). Diese wurde während der militärischen Konflikte im Vietnamkrieg noch verstärkt, als die Hmong dazu gezwungen waren, das Gebirge zu verlassen und an der Seite der USA gegen die Pathet Lao zu kämpfen. Nach der Machtnahme der Pathet Lao im Jahr 1975 und der daraus resultierenden Stigmatisierung der Hmong, floh ein Großteil der Bevölkerungsgruppe nach Thailand und in die USA. Aufgrund des ehemals französischen Protektorats in Laos siedelten viele Hmong auch nach Frankreich um, wo fast 8000 Laoten Asyl beantragten (ebd.: 21).

Da es vor dreißig Jahren weniger schwierig war, nach Europa zu immigrieren und Frankreich ohnehin ein besonderes Verhältnis zu Laos hat, wurden die Hmong von der französischen Regierung mit offenen Armen empfangen. Während der ersten Monate nach ihrer Ankunft nahmen sie deshalb an verschiedenen Kursen teil, die ihnen die französische Sprache und Kultur und den französischen Lebensstil näher bringen sollten (ebd.: 82).

Anschließend wurden die Hmong aufgrund der Eingliederungspolitik der Franzosen, die eine Konzentration von ethnischen Gruppen zu vermeiden versuchte, in ganz Frankreich verteilt (ebd.). Diese Strategie stellte sich jedoch als wenig effektiv heraus, da die Hmong auf der Suche nach Arbeit und aufgrund familiärer Bindungen, innerhalb Frankreichs stark migrierten. Da die meisten Hmong in Laos als Landwirte tätig waren, unternahm die französische Regierung den Versuch, sie auch in Frankreich in die lokale Landwirtschaft zu integrieren. Diese Arbeit war allerdings nicht mit der Denkweise der Hmong zu vergleichen (ebd.: 83). In Laos war das Bestellen des Bodens eine reine Subsistenzwirtschaft gewesen, die sich lediglich an den Tages- und Jahreszeiten orientierte und somit viel freier gestaltbar war als die kapitalistische Form von Landwirtschaft in Frankreich, mit der sich die Hmong nicht identifizieren konnten (ebd.: 87). Immer mehr gingen deshalb zurück in die Städte, in denen sie ursprünglich empfangen worden waren und wo sich immer größer werdende Gemeinden bildeten.

Nach diesem ersten gescheiterten Versuch der beruflichen Integration, wurde der Gruppe der Hmong nun vor allem Stellen in kleinen und mittleren Betrieben vermittelt. Aber auch in diesem Umfeld fühlte sich der Großteil der Hmong nicht wohl. Zwischenmenschliche Beziehungen waren in Laos auf die eigene Familie beschränkt und es war nicht die Regel, zu Fremden Kontakt aufzubauen (ebd.: 86). In französischen Kleinunternehmen ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oftmals sehr persönlich und direkt. Für die Hmong war diese familiäre Stimmung allerdings belastend und überfordernd. Sie hatten gelernt, zu Fremden einen gewissen Abstand zu halten, weshalb sie auch die kleineren und mittleren Betriebe zu großen Teilen wieder verließen, um als einfache Angestellte in großen Unternehmen wie zum Beispiel „Michelin“ zu arbeiten (ebd.).

In den Fabriken und am Fließband blieb die Beziehung zu Mitarbeitern und Vorgesetzten zumeist rein professionell, was den Hmong genügend Distanz und Raum schaffte, sich zurückzuziehen. Doch auch innerhalb dieser Arbeitsumgebung schafften es die Hmong nicht, sich zu emanzipieren und an ihrer Karriere zu arbeiten. Das Prinzip von Reziprozität, welches in der Gemeinschaft der Hmong eine wichtige Rolle spielt, führte dazu, dass sich die Hmong zunächst unterordneten (ebd.). Sie begriffen die Arbeit am Fließband als eine Art Wiedergutmachung dafür, dass sie nach Frankreich hatten fliehen können und verrichteten ihre Aufgaben zuverlässig und gewissenhaft, versuchten allerdings nichts an ihrer Situation zu ändern (ebd.: 104f). Die Arbeit selbst empfanden die von Hasossoun befragten Hmong allerdings als befremdlich und sehr anstrengend. Die streng festgelegten Arbeitszeiten sowie das kapitalistische System des Westens standen im Widerspruch zu ihrem in Laos entwickelten Konzept von Arbeit (ebd.: 87). Obwohl sie sich augenscheinlich an das Weltbild der Franzosen angepasst hatten, zogen sie sich immer mehr zurück. Die sozialen Kategorien, die in westlichen Gesellschaften stark mit Arbeit verknüpft sind,

existieren in der Gemeinschaft der Hmong nicht, weshalb ihnen das Verständnis dafür fehlte, dass ihr Beruf auch Einfluss auf ihren sozialen Stellenwert hat. Das Unvermögen, den ihnen unbekanntem Erwartungen gerecht zu werden, hatte eine kontinuierliche Isolierung der Hmong von der französischen Gesellschaft zur Folge (ebd.: 102).

2.2.2. Alternative Ansätze

Dass die Integration von Minderheiten auch ganz anders verlaufen kann, belegt das Beispiel der autochthonen Gruppe der Inuit in Québec. Wie die Gruppe der Hmong, sind auch die Inuit eine akephale Gesellschaft, die keine politischen Institutionen oder hierarchischen Systeme kennt, sondern als Gemeinschaft Autorität ausübt (vgl. Duhaime 1991: 120). In Québec sind die Inuit jedoch, wie die Hmong in Frankreich, der Autorität einer kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt, was bei beiden Gruppen ähnlichen Konsequenzen hat. Auch die Inuit stellen eine marginale Gesellschaftsgruppe dar, die sich gegenüber einer sozialen Mehrheit durchsetzen und die sich in einer sozial unbekanntem Umgebung zurechtfinden muss, welche auch ein neues Arbeitsmodell beinhaltet. Das kapitalistische Wertesystem lässt sich nur schwer mit traditionellen Vorstellungen von Produktivität vereinbaren, aber beiden Gruppen gelingt es, sich zumindest teilweise an die Gegebenheiten ihrer neuen Umgebung anzupassen. Während sich die Hmong jedoch der westlichen Arbeitsethik unterwerfen müssen, gelingt es den Inuit, ein eigenes, neues Konzept von Arbeit zu entwickeln.

Warum es den Inuit gelingt, ihr Konzept zu bewahren und mit modernen Elementen zu komplettieren, während die Hmong ihre traditionellen Vorstellungen von Arbeit aufgeben müssen, hängt mit einer Vielzahl komplexer regional und sozial abhängiger Faktoren zusammen. Die entgegengesetzte Entwicklung lässt sich aber vor allem damit erklären, dass den Inuit genügend Raum gelassen wird, um die Unterschiede ihrer Kultur stärker zu betonen (ebd.: 122). Der Wunsch, an den traditionellen Elementen ihres Arbeitskonzepts festzuhalten, wird aufgrund ihres speziellen Status als indigene Gruppe in Kanada auf Staats- und Gesetzesebene geschützt und gefördert. Das Abkommen der Baie-James und des Québecer Nordens (*Convention de la Baie-James et du Nord québécois*)² sowie zahlreiche weitere inoffizielle Regeln und Normen tragen dazu bei, dass die autochthone Gruppe der Inuit ihre Bräuche aufrecht erhalten kann (ebd.). Diese Politik ermöglicht somit sowohl die Differenzierung einer minoritären Gruppe gegenüber der Mehrheit, als auch die Verbindung moderner und traditioneller Elemente.

² Vgl. hierzu Dörrenbächer, Peter. Baie James: eine indigene Region? Zeitschrift für Kanada-Studien, 16. Jg., Nr. 2. (Bd. 30), 1996, S. 33-45.

Im Gegensatz hierzu wurde das Ziel der Assimilationspolitik Frankreichs in den 1970er und 1980er Jahren, nämlich den Integrationsvorgang von Flüchtlingen zu beschleunigen, dadurch erschwert, dass einer Bevölkerungsgruppe wie den Hmong jegliche Selbstbestimmung genommen wurde. Durch die Zerstreuung der Gruppe wurden familiäre Bindungen zerstört. Die Integration in den Arbeitsmarkt orientierte sich auch nur oberflächlich an den Bedürfnissen der Minorität und ignorierte sowohl die bereits vorhandenen sozialen als auch die ökonomischen Vorstellungen und Konzepte der Hmong. Aufgrund des wenig flexiblen kapitalistischen Systems wurden kulturelle Unterschiede und die differierende Arbeitsmoral der Hmong nicht beachtet und konnten somit nicht zum Entstehen eines neuen Konzeptes beitragen.

Es lässt sich also feststellen, dass die Problematik bei den internationalen Interventionen in der DR Kongo eine ähnliche ist wie beim Fallbeispiel der Hmong. Obwohl es sich bei Ersterem um ein politisches Problem handelt, welches außerhalb der westlichen Länderverbünde auf globaler Makro-Ebene zu lösen versucht wird und Letzteres ein Beispiel auf nationaler Ebene darstellt, welches lediglich die sozialen und vor allem ökonomischen Wertevorstellungen einer einzelnen Gruppe behandelt, kann bei beiden Beispielen beobachtet werden, wie westliche Ideale und Konzepte auf die bereits existenten Lebenswirklichkeiten von externen Akteuren zu übertragen versucht werden. Die Kritik Dennis M. Tulls an den Strategien der internationalen Gemeinschaft kann somit auch in Bezug auf die Integrationsversuche der französischen Regierung in den 1970er und 1980er Jahren angewandt werden. Weil es die zuständigen Behörden versäumt haben, auf bereits vorhandene soziale Strukturen innerhalb der Gruppe der Hmong einzugehen, konnte lediglich oberflächlich ein Erfolg erzielt werden. Auf den ersten Blick scheinen die laotischen Fabrikarbeiter damit zufrieden zu sein, wie sie ihr Leben führen, aber auf lange Sicht können sie sich nur in einer Gesellschaft wie der unseren glücklich sein, wenn ihnen genügend Raum gelassen wird, um ihre eigenen Wertevorstellungen und Lebenswirklichkeiten auszuleben. Es lässt sich also resümieren, dass es weder hilfreich ist, die eigenen Ideale einem fremden Land und einer fremden sozialen wie politischen Struktur überzustülpen, noch einer Gruppe von Außenseitern jegliche Form der Selbstbestimmung zu nehmen und deren gänzliche Anpassung an die nationalen Handlungs- und Denkweisen zu erwarten. Stattdessen sollten genügend Freiräume für internationalen und globalen Interaktionen geschaffen werden, die darauf verzichten, eine einzige Realität zu benennen und sämtliche Strukturen und Mechanismen berücksichtigen, die eine Stabilisation sozialer, politischer und ökonomischer Faktoren ermöglichen können.

2.2.3. Calais – EU-Außenpolitik innerhalb Europas

Die Situation der in den 1970er Jahren nach Frankreich immigrierten Hmong veranschaulicht, wie schwierig die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen auf nationaler Ebene sein kann. Trotz der zu kritisierenden Assimilationspolitik muss hier positiv festgehalten werden, dass in diesem speziellen Fall zumindest der Versuch unternommen wurde, einer externen Gruppe die Ankunft in einem europäischen Land zu erleichtern. Seit einigen Jahren wird es für viele MigrantInnen und Flüchtlinge immer schwieriger, sich in einem Land innerhalb der Europäischen Union legal aufzuhalten und für einen Großteil ist es gar nicht mehr möglich, eine europäische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Während meines Frankreichaufenthaltes kam ich in Kontakt mit AktivistInnen, die sich für illegale Flüchtlinge in Calais einsetzten, wo zu Beginn meines Auslandssemesters die provisorisch errichteten Wohnsiedlungen der Flüchtlinge, die so genannten „Dschungel“, zerstört worden waren. Die nordfranzösische Stadt Calais ist aufgrund ihrer Hafenanbindung ein wichtiger Ort für MigrantInnen, die von Frankreich nach England zu gelangen versuchen. Seit mehreren Jahren sammeln sich hier vor allem Flüchtlinge aus Afghanistan und Iran, die nicht die nötigen Papiere besitzen, um legal nach England einzureisen und die sich deshalb in der Peripherie von Calais niedergelassen haben. In den Wäldern und Brachländern haben sie mit den „Dschungeln“ eine eigene Infrastruktur aufgebaut, die zwar parallel zum alltäglichen Leben in Calais verlief, aber dennoch von Jahr zu Jahr sichtbarer wurde. Diese Sichtbarkeit der MigrantInnen diente Frankreichs Immigrationsminister, Eric Besson, als Argument dafür, die Zerstörung der informellen Siedlungen zu beschließen. Calais würde ohnehin schon zum Magneten für MigrantInnen werden, so sein Statement gegenüber der internationalen Presse. Seitdem leben die hauptsächlich aus Afghanistan und Iran stammenden Flüchtlinge unter noch schlimmeren Lebensbedingungen als zuvor und müssen sich kontinuierlich mit der lokalen Polizei auseinandersetzen, die von Hilfsorganisationen organisierte Zelte beschlagnahmt, Schlafplätze zerstört und immer wieder MigrantInnen festnimmt. Flüchtlinge aus politisch instabilen Ländern dürfen in Frankreich allerdings nicht ohne weiteres in ihr Heimatland deportiert werden. Die Strategie der Behörden zielt deshalb vielmehr darauf ab, die MigrantInnen selbst dazu zu bringen, das Land zu verlassen. Die Dublin-II-Verordnung der EU besagt, dass Flüchtlinge aus Kriegsländern lediglich in das EU-Land zurückgeführt werden dürfen, in dem zuerst ihre Fingerabdrücke verzeichnet wurden. Für die meisten der Flüchtlinge in Calais bedeutet das entweder Griechenland oder Italien. Länder, in denen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Asylantrag nur schwer erfüllt werden können und wo die Lebensbedingungen für MigrantInnen mehr als fraglich sind.

3. Verbindung der Studienelemente und Resümee

Da ich in meinem Studium an der Université Paris Descartes ohnehin die Flüchtlingsthematik aufgegriffen hatte und somit nahtlos an meine Arbeit zu den Hmong in Frankreich anknüpfen konnte, beschloss ich, den noch ausstehenden Artikel für das iz3w zur Problematik in Calais zu verfassen. Auf diese Weise konnte ich sowohl die Studienschwerpunkte des Sommersemesters als auch die des Auslandsstudiums auf einen aktuellen Kontext anwenden und mithilfe der im iz3w gewonnenen Erfahrungen journalistisch verarbeiten. Nach dem Ende der Vorlesungszeit beschäftigte ich mich also hauptsächlich mit den Recherchen zu Calais. Durch persönliche Kontakte konnte ich neben Online-Nachforschungen auch direkte Interviews mit Betroffenen und AktivistInnen führen, um mir ein genaues Bild von der Situation zu machen. In Absprache mit der Redaktion in Freiburg konzentrierte ich mich für meinen Artikel hauptsächlich auf die „Dschungel“ selbst. Der Beitrag wird im Rahmen des Schwerpunkts „Grenzerfahrungen“ veröffentlicht, weshalb ich immer wieder auch darauf zurückkam, welche Grenzen die Bewohner der „Dschungel“ bereits überwunden haben und welche geographischen wie sozialen Grenzen noch vor ihnen liegen. Es gelang mir somit, im Zuge der Recherchen für meinen Artikel alle Elemente meines Studienprojektes miteinander zu verbinden. Mit der Veröffentlichung dieses Textes habe ich, meiner Meinung nach, einen angemessenen Abschluss meiner wissenschaftlich wie praktisch erworbenen Kompetenzen und somit des gesamten Studienprojektes gefunden.

Literatur

Breitwieser, Thomas (2006) *Friedensbemühungen der UNO* in: Chiari, Bernhard / Kollmer, Dieter H. (Hrsg.) *Wegweiser zur Geschichte - Demokratische Republik Kongo*, Paderborn, München, Wien, Zürich: Ferdinand Schöningh, S.117-125

Dolan, Chris (2002) *Collapsing Masculinities and Weak States* in : *Masculinities Matter! Men, Gender and Development*, Zedbooks Ltd., London, S.57-84

Duhaime, Gérard (1991) *Le pluriel de l'Arctique. Travail salarié et rapports sociaux en zone périphérique* in: *Sociologie et Sociétés*, vol. XXIII, n°2

EU Statistics 2010: <http://ec.europa.eu/education/erasmus/doc/stat/table108.pdf>

Grimm, Sven (2006) *Die Europäische Union und Zentralafrika* in: Chiari, Bernhard / Kollmer, Dieter H. (Hrsg.) *Wegweiser zur Geschichte - Demokratische Republik Kongo*, Paderborn, München, Wien, Zürich: Ferdinand Schöningh, S. 89-93

Hassoun, Jean-Pierre (1997) *Hmong du Laos en France. Changement social, initiatives et adaptations*, 1^{re} édition, S. 82-106

Martin, Mary (2008) *Human Security in the Democratic Republic of Congo – The European Union as a Force for Good?* in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, S. 89-100

Pabst, Martin (2003) *Der Kongo – Eine Konfliktanalyse* in: *Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)* 4/2003, Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, S. 465-475

Reker, Judith (2007) *Und die Welt schaut zu* in: *WOZ – Die Wochenzeitung* Nr.13/2007, Zürich: WOZ Internationale Medienerzeugnisse AG

Ressler, Volker (2006) *Zur Sicherheitslage der Demokratischen Republik Kongo im Frühjahr 2006* in: Chiari, Bernhard / Kollmer, Dieter H. (Hrsg.) *Wegweiser zur Geschichte - Demokratische Republik Kongo*, Paderborn, München, Wien, Zürich: Ferdinand Schöningh, S. 95-101

Stern, Daniel (2007) *Eisenhowers Zahnpasta* in: *WOZ – Die Wochenzeitung* Nr.27/2007, Zürich: WOZ Internationale Medienerzeugnisse AG, S.11

Tetzlaff, Rainer (2006) *Der Fluch des Rohstoffreichtums: Wirtschaft und Bodenschätze* in: Chiari, Bernhard / Kollmer, Dieter H. (Hrsg.) *Wegweiser zur Geschichte - Demokratische Republik Kongo*, Paderborn, München, Wien, Zürich: Ferdinand Schöningh, S. 163-171

Tull, Denis M. (2005) *Stabilisierungsstrategien in „Failing States“ – Das Beispiel Nord-Kivu (DR Kongo)* Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik

United Nations (2005) *Final Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo* Pretoria: Institute for Security Studies

Wolff, Reinhard (2008) *Erniedrigung und die reinste Folter* in: WOZ – Die Wochenzeitung Nr.18/2008, Zürich: WOZ Internationale Medienerzeugnisse AG, S.12